

Calmer Calblatt

Nr. 301

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 5mal wöchentlich, Anzeigenpreis: Die Zeile 10 Goldpfennige, Familienanzeigen 8 G. Pfl. Reklamen 30 G. Pfl. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. Montag, den 24. Dezember 1923. Bezugspreis: In der Stadt mit Tragelohn 500 Milliarden Mf. wöchentlich. Weitbezugspreis 500 Milliarden Mf. ohne Befehlgeb. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Von haushälterischer deutscher Seite wird zu der letzten Kammerrede Poincarés eingehend Stellung genommen, wobei dessen übliche Lügen eine gebührende Berichtigung erfahren.

Die Franzosen fahren fort, ihren Gewaltstandpunkt durch erneute Verhaftungen und Ausweisungen deutscher Beamten aus den besetzten Gebieten zu dokumentieren, ebenso durch offensichtliche Ermunterung des Separatistengefindels namentlich in der Pfalz.

Herr Poincaré hat wiederum eine seiner üblichen Reden über die Reparationsfrage gehalten, wobei er diesmal jedoch betonte, daß Frankreich das Ruhrgebiet zwar besetzt halte, bis die Zahlungen geleistet seien, daß man aber bereit sei, eine Regelung zu prüfen, durch die eine raschere Bezahlung ermöglicht werde. Was soll das heißen? Man wird gut tun, dieses Scheinbare Entgegenkommen Poincarés mit großem Mißtrauen zu verfolgen.

In Frankreich wird jetzt von allen Politikern für die Einheitsfront nach außen eingetreten, um die Entscheidung des Reparationsproblems zu Gunsten Frankreichs zu beeinflussen. In diesem Sinne trat der ehemalige, sonst gemäßigte Wiederaufbauminister Loucheur für einen nationalen Bloch ein.

Aus München wird gemeldet, daß die Nationalsozialisten in Bayern wieder starke Propaganda treiben; Ludendorff und Hitler würden streng überwacht.

In Württemberg wurde ein Landeskommissar für produktive Erwerbslosenfürsorge bestellt.

Das Reparationsproblem. Eine deutsche Antwort auf Poincaré's Kammerrede.

Berlin, 22. Dez. (Wolff.) Der französische Ministerpräsident hat in seiner gestrigen Kammerrede seine Ruhrpolitik mit den bekannten Argumenten verteidigt. Es erübrigt sich, die allgemeinen Grundlagen und Ziele der Ruhraktion nochmals ins richtige Licht zu stellen. Dagegen finden sich in seiner Rede eine Reihe von tatsächlichen Behauptungen, die deutscherseits nicht unwidersprochen gelassen werden können. Hierher gehören zunächst die Ausführungen über den Inhalt des deutschen Reparationsangebots vom 2. Mai. Wenn der französische Ministerpräsident das Angebot deshalb als lächerlich bezeichnet, weil es den vom Staatssekretär Hughes gemachten Vorschlag der Einsetzung einer unparteiischen internationalen Kommission aufnahm, so kann dieser Standpunkt ohne weiteren Kommentar dem Urteil der Öffentlichkeit überlassen bleiben. Als direkte Entstellung des Angebots muß aber die Behauptung bezeichnet werden, daß nach dem Vorschlag der deutschen Regierung von den damals angebotenen 30 Milliarden Goldmark der Betrag von 20 Milliarden Goldmark als bereits gezahlt hätte abgezogen werden müssen. Von einem derartigen Abzug war in dem Angebot in keiner Weise die Rede. Die vorgeschlagene Summe von 30 Milliarden enthielt lediglich insofern elastischen Faktor, als die endgültige Entscheidung über die Aufbringung der letzten 10 Milliarden in die Hand der erwähnten internationalen Kommission gelegt werden sollte.

Ebenso unzutreffend sind die Angaben über die Verkehrsverhältnisse in den besetzten Gebieten, die der französische Ministerpräsident auf den angeblich immer noch andauernden deutschen Widerstand zurückzuführen zu können glaubt. Es ist richtig, daß die Verhältnisse im Eisenbahnverkehr trotz der Abmachungen der deutschen Eisenbahnverwaltung mit der Regie noch immer sehr im argen liegen und daß eine große Anzahl von Bahnhöfen und Strecken vollkommen verstopft ist. Die Ursache liegt aber nicht in irgend einer passiven Resistenz der deutschen Stellen, sondern allein darin, daß der Wiedereinsatz deutschen Personals, das allein imstande wäre, der Schwierigkeiten Herr zu werden, seitens der Regierverwaltung noch immer Widerstand

entgegengesetzt wird. Außerdem muß zu diesem Punkte aber hervorgehoben werden, daß das Abkommen mit der Regierverwaltung in keiner Weise die Anerkennung dieser Verwaltung bedeutet, sondern lediglich deshalb abgeschlossen worden ist, weil auf andere Weise die Wiedereingangssetzung der Wirtschaft in den besetzten Gebieten nicht zu bewerkstelligen war. Wenn der französische Ministerpräsident dann ferner die wirtschaftlichen Ergebnisse seiner Pfänderpolitik auch jetzt wieder als befriedigend bezeichnet, so braucht demgegenüber nur auf folgende Tatsachen und Zahlen hingewiesen zu werden: der französische Ministerpräsident selbst hat in seiner Kammerrede am 17. November das finanzielle Defizit der Ruhraktion bis 30. September mit 165 Millionen Franken beziffert, denen er eine zukünftige Einnahme in Höhe von rund 500 Millionen Franken entgegenzusetzen wollte. Der Betrag von 165 Millionen Franken war offensichtlich zu niedrig gegriffen; jedenfalls dürfte aber die angekündigte Einnahme von 500 Millionen Franken auch heute noch lediglich auf dem Papier stehen. Tatsache ist es, daß die französische Wirtschaft infolge des Ausfalls der freiwilligen Reparationslieferungen für den Mehrimport an Kohle und Koks bis zum 30. September etwa 600 Millionen Franken verbrauchte. Tatsache ist ferner, daß die französische Industrie durch den Mangel an Kohle und Koks und durch den Rückgang der Eisenindustrie Verluste erlitten hat, die sich zwar ziffernmäßig nicht festlegen lassen, aber zweifellos von größter Bedeutung gewesen sind. Die Annahme, daß Frankreich ohne die Ruhrbesetzung von Deutschland überhaupt keine Leistungen erhalten haben würde, ist vollkommen unrichtig. Deutschland hatte zwar im November 1922 ein Moratorium beantragt, hatte aber auch für die Dauer dieses Moratoriums Sachlieferungen für die zerstörten Gebiete in Aussicht gestellt. Der Wert, den diese Sachlieferungen hätten haben können und mutmaßlich gehabt haben würden, ergibt sich aus der Tatsache, daß Deutschland trotz der Ruhrbesetzung und seiner katastrophalen wirtschaftlichen Folgen an die nicht an der Besetzung beteiligten Alliierten noch Lieferungen im Werte von rund 380 Millionen Goldmark bewirkt hat. Zum Vergleich mag hierbei angeführt werden, daß die vertragsmäßigen Kohlenlieferungen des Jahres 1922 an Frankreich nur eine Gutschrift von 180 Millionen Goldmark erbracht haben. Zu den in dem Moratoriumsantrag aufrecht erhaltenen Sachlieferungen wären überdies noch die Vorteile hinzugekommen, die sich für Frankreich aus dem Angebot langfristiger Privatverträge über die Lieferung lebenswichtiger Waren ergeben hätten.

Unrichtig ist auch die Behauptung, daß jetzt die Kohlenlieferungen aus dem Ruhrgebiet die Tonnenzahl erreicht hätten, die Frankreich ohne die Besetzung niemals erreicht haben würde. Die Gesamtkohlenproduktion des Ruhrgebietes ist heute ebenfalls mit 40 Prozent der Normalproduktion anzusehen. Der Abtransport der Kohlen ist infolge den bereits erwähnten Verhältnissen auf den Regiebahnen immer noch völlig unzulänglich; auch die auf Grund der Wiederverträge bestenfalls in Aussicht stehenden Kohlenlieferungen werden nach Schätzungen der französischen Fachzeitschrift „L'usine“ die freiwilligen Lieferungen des Vorjahres keinesfalls erreichen. Der französische Ministerpräsident sagt in diesem Zusammenhang, daß die Erträge der Abmachungen mit den deutschen Industriellen auf Reparationskonto zu verrechnen seien, daß davon aber zuerst die Kosten für die Besetzung abgezogen werden würden. Er vergißt hinzuzuführen, daß Deutschland gegen einen derartigen Abzug der Besatzungskosten bei der Reparationskommission nachdrücklich Protest erhoben und daß die Entscheidung der Reparationskommission über diese Frage noch aussteht.

Eine besondere Entgegnung erfordern schließlich noch die Bemerkungen, die der französische Ministerpräsident zu den von der Reichsregierung vorgeschlagenen Verhandlungen über die Verhältnisse in den besetzten Gebieten gemacht hat. Er hat ausgeführt, daß er keine Verpflichtungen eingehen werde, welche die Autorität des Generals Degoutte schwächen oder die Freiheit der rheinischen Bevölkerung schädigen könnten, und daß er sich zu keinem Manöver hergeben würde, das den Einfluß Berlins wieder auf die Bevölkerung ausdehnen könne, die sich von diesem Einfluß zu befreien wünsche. Der Reichsregierung ist nichts bekannt, worauf die selbständige und unabhängige Autorität Degouttes beruhen könnte, der nichts anderes ist als der Kommandant derjenigen Truppen, die auf Befehl der französischen und der belgischen Regierung im Widerspruch mit Recht und Vertrag das Ruhrgebiet besetzten. Ebenso-

wenig ist der Reichsregierung bekannt, daß die Bevölkerung der besetzten Gebiete jemals den Schutz und die Hilfe Frankreichs angerufen hätte, um sich vom Einfluß Berlins zu befreien. Bisher ist aus dieser Bevölkerung kein anderer als der Wunsch laut geworden, sowohl von den vertragswidrigen Maßnahmen der Besatzungsmächte als auch von dem Separatistengefindel befreit zu werden, das seinen Terror lediglich dank der französischen Unterstützung hat ausüben können.

Poincaré über die Ruhrbesetzung und die franz. Politik.

Paris, 23. Dez. Poincaré überbrachte der Stadt Gouvernes (Dep. Seine) das Kriegskreuz. Er hielt dabei eine Rede, in der er zunächst die Vorgeschichte der Ruhrbesetzung in seiner bekannten Weise schilderte. Er erklärte dann, das Uebel, worunter Frankreich leide, sei ihm nicht eigen. Es sei die Folge der allgemeinen Umwälzungen, die der Krieg mit sich gebracht habe, eine Folge der Zerstörung der Reichtümer, die auch eine Anebelung der Produktion hervorgerufen habe. Das Uebel könne nur durch Arbeit, Energie und Sparsamkeit behoben werden. Aber wenn Frankreich mit verschränkten Armen stehen geblieben wäre, wenn es nicht Hand auf die Pfänder des Ruhrgebiets gelegt hätte, würde es das Uebel noch vergrößert haben. Man sei noch nicht am Ende, aber man näherte sich ihm mit jedem Tag. Das Wesentliche sei, daß man keinen der Hauptgrundzüge aufgeben, daß man nicht zulasse, daß man sich vom Friedensvertrag entferne und daß keine neuen Zugeständnisse gemacht würden, sei es bezüglich der Reparationen, sei es bezüglich der Sicherheit Frankreichs. Wir sind im Ruhrgebiet, schloß Poincaré, und wir werden es, nachdem wir bezahlt worden sind, verlassen. Wir sind aber bereit, alle Regelungsarten zu prüfen, die eine raschere und Bezahlung möglich machen können.

Loucheur über den Nationalen Bloch.

Paris, 23. Dez. In Lille hat heute Loucheur eine große Programmrede über innerpolitische Fragen gehalten, die bei dem kommenden Wahlkampf zur Debatte stehen. Zum Schluß seiner Rede forderte er zu einer Vereinigung in einem nationalen Bloch auf. Poincaré verfolge die Verteidigung der Rechte Frankreichs und alle Senatoren und Delegierten hießen diese Politik gut. Dieser Politik gelte es unter dem Ruf „Es lebe die Republik“ zuzustimmen. Es sei gut, ein Ideal zu haben, aber man müsse auf Realitäten aufbauen, nicht auf Theorien.

Der französische Gewaltstandpunkt überall.

Berlin, 23. Dez. In Sachen des Senatspräsidenten Lenzbach, der bekanntlich als Geisel für den auf frischer Tat festgenommenen französischen Spion d'Armont verhaftet wurde mit der unzutreffenden Begründung, daß die Festnahme d'Armons unter Verletzung der Grenze erfolgt sei, teilt die „Vossische Zeitung“ mit, da die von der französischen Regierung auf Veranlassung Deutschlands hin angestellten Erhebungen in der Schweiz über die Vorgänge bei der Verhaftung d'Armons die Bestätigung dafür erbracht hätten, daß sich der fragliche Vorfall ausschließlich auf deutschem Boden abspielte, entfallt der einzige von der französischen Regierung für die Geiselnahme geltend gemachte Grund. Man dürfe daher erwarten, daß die Freilassung Lenzbachs noch vor Weihnachten erfolgen werde. In diesem Sinne seien auch von der deutschen Botschaft in Paris neuerdings Vorstellungen erhoben worden.

Ergebnislose Waffenjuche der Franzosen.

Kemnscheid, 23. Dez. Heute morgen besetzte französisches Militär die Rathauswachen. Zwei mit Maschinengewehren ausgerüstete Kampagnien umstellten die Unterkunftsräume der Schutzpolizei und durchsuchten sie. 16 Beamte, darunter ein Polizeioberleutnant, wurden festgenommen und in die Kaserne bei Beginn der Aktion ebenfalls in Haft genommene Bürgermeister Hartmann und der Polizeimajor Quast wurden im Laufe des Vormittags, nachdem die französischen Truppen wieder abgerückt waren, auf freien Fuß gesetzt.

Ein neuer französischer Schandprozeß.

Düsseldorf, 17. Dez. In dem Prozeß wegen der Vorfälle am Separatistenfest lautete die Anklage gegen den ausgemieteten Regierungspräsidenten Grünher auf Beihilfe zum Totschlag, da er durch einen Brief an die Stadtverwaltung Düsseldorf die Unterdrückung der Manifestationen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln angeordnet habe. Wegen Beihilfe zum Totschlag sind zwei Polizeioffiziere angeklagt, wegen vollendeten Totschlages zwei Polizeioffiziere und zwölf Schutzpolizeibeamte. Bei den übrigen Angeklagten lautet die Anklage auf Mißhandlung Gefangener, Störung der öffentlichen Ordnung und wissentlich falsche Anschuldiung. Nach Verlesung der Anklageschrift begann die Vernehmung der Angeklagten. Die Verteidigung bestritt die Zuständigkeit des französischen Kriegsgerichtes. Rechtsanwalt Bräutigam führte aus, die Vorgänge vom 30. September anläßlich der Kundgebung der Separatisten seien eine rein deutsche Angelegenheit. Es handle sich hierbei keinesfalls um einen beschuldigten Anarcho-Angriff gegen Mitglieder der französischen Besatzungsarmee. Wenn die angeklagten Polizeioffiziere den Befehl des Dr. Haas, dem die Polizei unterstellt war, nicht gefolgt hätten, so handle es sich dabei nicht um einen von der Besatzungsarmee gegebenen Befehl, sondern um einen Befehl eines deutschen Vorgesetzten, also um eine rein deutsche Disziplinarangelegenheit. Das deutsche Volk erwarte von dem Gerichtshof, im Namen des französischen Volkes spreche, die Antwort, ob eine Souveränität hier noch weiter bestehe. — Der Gerichtshof schloß sich die Entscheidung über den Antrag des Verteidigers an. Kurz nach 12 Uhr wurde die Sitzung geschlossen und soll um 2.30 nachm. wieder beginnen.

Ausland.

Osterreichische Arbeiterhilfe.

Wien, 24. Dez. Die österreichischen Gewerkschaften haben bis zum 30. November für die reichsdeutschen Bruderverbände insgesamt 361 898 201 Kronen aufgebracht. Die am 1. Dezember von der Gemeinde Wien gespendeten 1,8 Milliarden sollen zur Unterbringung von 500 deutschen Kindern in östlichen Erholungsheimen auf 2 Monate verwendet werden.

Die Schweizer Hilfsaktion für Deutschland.

Bern, 20. Dez. Der in Oten tagende erweiterte Arbeitsausschuß der Schweizer Hilfsaktion für die deutsche Not hat die Begrenzung der Speiseaktion auf die Städte Süddeutschlands gutgeheißen. Als Grenze der Aktion wird die Redar-Donau-Linie bezeichnet, die etwa durch die Städte Mannheim, Heidelberg, Stuttgart, Ulm, Augsburg, München gegeben ist. Für Mittel- und Norddeutschland soll von anderer Seite gesorgt werden.

Das Reich der Entente mit den abgelieferten Zeppelin.

Paris, 23. Dez. Der an Frankreich abgelieferte Zeppelin „Dixmuiden“, der gestern eine Reise nach Tunis unternommen hat, ist in einen Sturm geraten und schwer beschädigt worden. — Es ist merkwürdig, die deutschen Zeppeline fliegen nur unter deutscher Leitung. In Frankreich, England, Italien und Amerika haben sie mit den geräumten Luftschiffen bisher kein Glück gehabt.

Die endgültige Zusammenfassung des englischen Unterhauses.

London, 22. Dez. Das englische Unterhaus schloß sich endgültig heute zusammen; Konservativen 258, Arbeiterpartei 192, Liberale 157, andere 8, zusammen 615.

Die Opfer des Erdbebens im Westen Nordamerikas.

Paris, 21. Dez. Nach Blättermeldungen aus New York verläutet aus Fogota, daß nach den letzten Schöngungen bei dem Erdbeben in der Lenador benachbarten Gegend 3000 Menschen an Tod gefunden haben. Mehr als 2000 Häuser sind zerstört worden. Der See Las Granas bei Tulcam sei vollständig verschwunden.

Deutschland.

Radioansprachen

des Reichskanzlers und von Parlamentariern.

Berlin, 22. Dez. Am Abend des ersten Weihnachtstages werden um 6 Uhr Radioansprachen des Reichskanzlers und der Parlamentarier Erkelenz, Scholz und Fleischer gehalten werden. Das Unternehmen geht von der „Radiofonie“ aus.

Eine Verordnung zur Vereinfachung der Strafrechtspflege.

Berlin, 20. Dez. Der 15er-Ausschuß des Reichstages hat eine Verordnung zur Vereinfachung der Strafrechtspflege besprochen, welche die Reichsregierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes zu erlassen beabsichtigt. Die Verordnung will die Strafrechtspflege vereinfachen und zugleich verbilligen. So soll u. a. die Zuständigkeit des Einzelrichters erheblich erweitert werden. Die erstinstanzliche Zuständigkeit der Strafkammern wird beseitigt. Am Schwurgericht mit seiner Trennung der Schuld- und Strafrage wird grundsätzlich festgehalten, aber die Zahl der Schwurjuroren auf 7 vermindert. Die Zuständigkeit der Schwurgerichte wird zugunsten der Schöffengerichte eingeschränkt. Um das Reichsgericht zu entlasten, sollen ihm von den Landesverwaltungsbehörden die weniger bedeutenden abgenommen werden. Von den auf dem Gebiet des Verfahrens vorgeschlagenen Vereinfachungsmaßnahmen sind hervorzuheben: die Einschränkung des Verfolgungszwanges, die Erleichterung der schriftlichen Urteils-

Ämtliche Bekanntmachung.

Bekanntmachung betr. Erwerbslosenfürsorge.

Einer Anordnung des Reichsarbeitsministeriums entsprechend gelten für die Erwerbslosenfürsorge bis auf weiteres folgende Bestimmungen:

1. Die Höchstätze werden nach drei Wirtschaftsgebieten abgestuft, deren Grenzen im Wesentlichen mit denen der drei Lohngebiete zusammenfallen, die der Reichsminister der Finanzen bei der Neuregelung der Reichsarbeiterlöhne zu Grunde gelegt hat. Für Württemberg kommen nur die Wirtschaftsgebiete I und II in Betracht und es gehören

a) zum Wirtschaftsgebiet I: Die Gemeinden der Oberämter Mergentheim, Gerabronn, Craihsheim, Ellwangen, Neresheim, Ehingen, Laupheim, Riedlingen, Wiberach, Saugau, Waldsee, Leutlich und Wangen, jedoch ohne die Stadtgemeinden Craihsheim, Ellwangen, Leutlich, Rißleg, Wangen und Isny;

b) zum Wirtschaftsgebiet II: die Gemeinden sämtlicher übrigen Oberamtsbezirke und die Stadtgemeinde Stuttgart, sowie die nach Buchstabe a) nicht zum Wirtschaftsgebiet I zählenden Stadtgemeinden.

2. Demnach gehören sämtliche Gemeinden des Oberamtsbezirks Calw zum Wirtschaftsgebiet II und betragen die Höchstätze der Erwerbslosenfürsorge ab 17. Dezember 1923 bis auf weiteres wochentäglich:

	in den Orten der Ortsklassen	
	C	D und E
1. für männliche Personen:	Milliarden Mark	
a) über 21 Jahren	600	550
b) unter 21 Jahren	360	330
2. für weibliche Personen:		
a) über 21 Jahren	480	440
b) unter 21 Jahren	290	270
3. als Familienzuschläge für:		
a) den Ehegatten	170	160
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	120	110

Die Familienzuschläge (Nr. 3) dürfen insgesamt die Hauptunterstützung (Nr. 1 und 2) nicht übersteigen.

Die selbständigen Unterstützungen, die mehrere in einem gemeinschaftlichen Hausstand lebende Familienmitglieder erhalten, dürfen in ihrer Summe das Doppelte der Unterstützung nicht übersteigen, die dem höchstunterstützten Mitglied der Familie für seine Person zusteht. Der Vorstand der Familie gilt im Sinne dieser Bestimmung als ihr Mitglied.

Oberamt: G. ö. S.

begründung und die Beschränkung der Rechtsmittel. Bei geringfügigen Straftaten ist nur eine Revision zugelassen. Um den Ländern die Durchführung der Neuorganisation zu ermöglichen, muß ein Spielraum von zwei bis drei Monaten gegeben werden. Mit Rücksicht auf die finanzielle Notlage soll für die Uebergangszeit auf die Mitwirkung von Schöffen und den Zusammentritt des Schwurgerichts verzichtet werden. Privatklagen sollen einstweilen nicht behandelt werden dürfen und die Berufung wird bei allen Ueberretungen und Vergehen ausgeschlossen, wenn lediglich auf Geldstrafe erkannt werden ist. — Der Ausschuß erkannte an, daß die Finanznot des Reiches zu einer Umgestaltung der Strafgerichte zwingt. Er billigte die Grundzüge der Verordnung, empfahl aber bei der Befolgung der großen Schöffengerichte sich auf zwei Berufsrichter zu beschränken und die großen Strafkammern mit 2 Richtern und drei Schöffen zu besetzen. Damit, daß in allen vor den Amts- und den Schöffengerichten künftig zu behandelnden Strafsachen der Umfang der Beweisaufnahme von dem Ermessen des Gerichtes abhängen soll, war der Ausschuß einverstanden. Er stimmte den vorgeschlagenen Einschränkungen des Verfolgungszwanges zu, erachtete aber eine Vereinfachung der Urteilsbegründung nicht für wünschenswert. Dem Vorschlag, für die Uebergangszeit von zwei bis drei Monaten auf die Mitwirkung der Schöffen und den Zusammentritt der Schwurgerichte zu verzichten, trat der Ausschuß bei.

Vorschläge der landwirtschaftlichen Organisationen zur Besserung unserer Wirtschaftslage.

Berlin, 19. Dez. Der Reichslandbund und die Vereinigung deutscher Bauernvereine hat dem Reichskanzler und dem Reichskabinett eine ausführliche Eingabe überreicht, in der sie zu der augenblicklichen wirtschaftlichen und finanziellen Lage Stellung nehmen und der Regierung eine Reihe Vorschläge machen. So wird u. a. eine Abtrennung des Betriebes der Eisenbahn und der Post, die bisher den Etat wegen ihrer Unrentabilität schwer belastet hätten, vom Reich und die Ueberführung der Betriebe in privatwirtschaftliche Formen unter Kontrolle des Reiches gefordert. Ferner wird ein völliger Abbau der Arbeitslosenfürsorge und der Abbau der Zuschußeinrichtung zu den Beamtengehältern der Länder und Kommunen verlangt. Als Vorbedingung für eine Sanierung des Etats wird die Steigerung der Produktion aller lebensnotwendigen Bedarfsartikel und insbesondere die Steigerung der Produktion der Landwirtschaft bezeichnet. Eine Steigerung der Produktion lasse sich jedoch nur durch eine völlige Abkehr von jeder Art Zwangswirtschaft erreichen. Hierunter falle auch die Zwangswirtschaft der Arbeitszeit. Für die Gestaltung der Steuern geben die Verbände dann bestimmte formulierte Richtlinien.

Der zweite Teil der Brotverorgungsabgabe.

Berlin, 21. Dez. Die Blätter erinnern daran, daß bis zum 2. Januar 1924 der zweite Teil der Brotverorgungsabgabe zu entrichten ist. Sie beträgt grundsätzlich das

195-millionenfache des Zwangsanleihebetrages. Wer also z. B. 100 000 Mark Zwangsanleihe zu zahlen hatte, hat 19,5 Billionen Papiermark als zweiten Teilbetrag der Brotverorgungsabgabe zu zahlen. Die Zahlung ist ausschließlich bei den Finanzkassen zu leisten. Wer nicht rechtzeitig die Zahlung leistet, hat zwangsweise Beitreibung zu erwarten und empfindliche Verzugszuschläge zu entrichten.

Um die Arbeitszeit.

Berlin, 22. Dez. Nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“ aus Leipzig hat der Arbeitgeberverband für die Kallindustrie im Anschluß an seine Verfügung über die Verlängerung der Arbeitszeit für den Fall der Nichtannahme seiner Forderungen die Entlassung der Arbeiter und die Schließung der Betriebe in Aussicht gestellt. Für die an dem Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften erließ der Verband der Bergarbeiter Deutschlands in Halle einen Aufruf, in dem aufgefordert wird, jedem Versuch der Unternehmung, eine Verringerung der Arbeitszeit einzuführen, energisch entgegenzutreten. Heute finden unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers in Halle Verhandlungen über die tarifliche Regelung der Arbeitszeit statt.

Keine Einigung der beiden großen Beamtenorganisationen.

Berlin, 22. Dez. Nach einer Mitteilung des „Berliner Lokalanzeigers“ haben sich die Beziehungen zwischen dem Deutschen Beamtenbund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, die eine Wiedervereinigung der beiden Organisationen bezweckten, jetzt endgültig zerklüftet. Es ist zum Abbruch aller Verhandlungen gekommen, weil der Allgemeine Deutsche Beamtenbund es ablehnte, darauf zu verzichten, sich in maßgebenden tatsächlichen Fragen der Entscheidung der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen unterzuordnen.

Aussicht auf Einigung zwischen Krankenkassen und Ärzten.

Berlin, 22. Dez. Nach der Verständigung über die Bildung eines Reichsausschusses erörterten gestern unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers die Spitzenverbände der Krankenkassen und der Ärzte eingehend und sachlich die Voraussetzungen für die Beendigung des vertragslosen Zustandes. Dabei wurde eine Einigung über folgende Punkte erzielt: Beiderseitiger Verzicht auf Maßnahmen und Rücknahme der aus Anlaß des vertragslosen Zustandes anhängigen Rechtsstreitigkeiten. — Wegen Ueberbreitung der Mindestgebühr ist eine Verständigung in Aussicht gestellt. Die Vertreter der Krankenkassen werden spätestens bis zum 30. Dezember die Entscheidung ihrer Mitglieder wegen der Wiederherstellung der früheren Arztverträge beibringen.

Verhärfung der politischen Lage in Bayern.

Berlin, 23. Dez. Wie die Blätter aus München melden, ist in den letzten Tagen eine wesentliche Verschärfung der Ueberwachung Ludendorffs in seiner Wohnung eingetreten. Eine Anzahl Besucher, die den General zu sprechen versuchten, ist von Kriminalbeamten festgehalten worden. Als Grund der verschärften Bewachung wird die neue Wählerarbeit in nationalsozialistischen Kreisen angegeben. In den letzten Tagen sind in München, Rosenheim und anderen Städten Massenverhaftungen von Hitlerleuten vorgenommen worden. Hitler selbst wird im Gefängnis auf das strengste bewacht.

Erneute Maßnahmen gegen die Führer der deutsch-völkischen Partei.

Berlin, 22. Dez. Wie die Blätter melden, ist auf Veranlassung des Oberbefehlshabers das Büro der Deutschvölkischen Abgeordneten in der Dessauerstraße in Berlin gestern von Beamten der politischen Polizei geschlossen und versegelt worden. Gegen dieses Vorgehen hätten die Rechtsbeistände der drei deutschvölkischen Abgeordneten Henning, von Graefe und Wulle Beschwerde eingelegt mit der Begründung, daß die Maßnahme die Immunität der Abgeordneten verletzt habe.

Todesurteil gegen einen Kommunisten.

Berlin, 22. Dez. Von dem außerordentlichen Gericht in Hamburg, vor dem die Straftaten aus dem Kommunistenputsch abgeurteilt werden, ist der Werkzeugmacher Willendorff, wegen versuchten Totschlages, Hochverrats und verbotenen Waffentragens zum Tode, dauerndem Ehrverlust und 3 Wochen Gefängnis verurteilt worden.

Ein lange gesuchter Raubmörder verhaftet.

Berlin, 24. Dez. Den Blättern zufolge ist es der Berliner Kriminalpolizei im Verein mit der Liegnitzer gelungen, einen lange gesuchten Verbrecher, den 42jährigen Arbeiter Karl Scheibner aus Berlin in Glogau zu verhaften. Die Frau und der erwachsene Stiefsohn des Verhafteten geben an, daß Scheibner Hunderte von großen Einbruchsdiebstählen in Berlin, der Mark und Schlesiens, sowie im besetzten Gebiet verübt habe. Ferner soll Scheibner eine große Anzahl Raubmorde, schätzungsweise 30—40, namentlich in der Mark und in Schlesiens begangen haben.

Calwer Liederkranz.

Zu unserer am Stephans-
feiertag, nachm. 4 Uhr im
Bad. Hof stattfindenden
Weihnachtsfeier
laden wir unsere verehrl. Mitglieder höflich ein.
Der Ausschuß.

Liederkranz Altburg.

Am Stephansfeiertag, den 26. Dezember
findet
im Gasthaus zur „Sonne“
unsere

Weihnachtsfeier

statt, verbunden
mit Gesang und Theater-
Auführungen

wozu freundlichst einladet



Der Ausschuß.

Kinder haben keinen Zutritt.

Eröffnung 4 Uhr.

Anfang 5 1/2 Uhr.

Militärverein Hirsau-Ottenbronn.

Zu unserer am
Samstag, den 29. ds. Mts., abends 7 Uhr,
im Gasthof zum „Löwen“ in Hirsau
stattfindenden

Weihnachts-Feier

werden die Mitglieder des Vereins
mit ihren Angehörigen kamerad-
schaftlichst eingeladen. Orden und
Ehrenzeichen sind anzulegen. Ein-
führungen g. stattd.

Der Vorstand.



Jetzt ist es Zeit,



daß Sie Ihr Rad
Emaillieren u. Vernickeln
lassen.

Nahmenbrüche jeder Art, Umbauen, Email-
lieren und Vernickeln werden prompt und
billig ausgeführt.

W. Mettler, Höfen (Enz)
Emaillier- und Vernicklungsanstalt.

Davoserschlitten

in allen Größen kaufen Sie billigst bei
Karl Stüber, Biergasse.

Einkaufsgenossenschaft für das Büdergewerbe Calw e. G. m. b. H.

Am Donnerstag, den 27. Dezember 1923,
mittags 2 Uhr, findet bei Herrn Karl Weidlich
zum „Nöble“ in Calw eine

Versammlung

statt. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tages-
ordnung bitten wir unsere Mitglieder zahlreich zu
erscheinen.

Einkaufsgenossenschaft für das Bäckergewerbe
Calw e. G. m. b. H.

Althengstett

Gasthaus zur Traube

Ueber die Weihnachtsfeiertage

Metzelsuppe

Spezialität: Schlacht-
platte, hausgemachte
Bratwürste

Bierausschank vom Faß

Prima alte und neue Weine
Vorzügl. Küche, Kaffee u. Gebäck

Ernst Wohlgemuth.

Achtung!



Auf zur Hundeschau

am Stephansfeiertag
nach Holzbronn ins Gast-
haus z. Nöble.

Ständiges Inferieren bringt Erfolg

Für Weihnachten

empfehle
la. Kleingebäck

sowie
**Anisbrot, Zwieback
Schnitzbrot u. s. w.**

Carl Dingler, Bäckerei.

Gedenket der hungernden Vögel!

In unsere Naturalbezieher in Simmozheim!

Unsere dortigen Naturalbezieher teilen wir höflich mit,
daß wir

**Herrn Wilhelm Dompert,
Gipsfermeister, dort**

mit unserer Vertretung betraut haben.

Herr Dompert nimmt Bestellungen im Natural-
bezug auf unser Blatt entgegen sowie Anzeigenaufträge.
Die Ablieferung der Naturalien kann ebenfalls bei Obigem
erfolgen.

Verlag des „Calwer Tagblatt“.

Pelzkragen

Winter- handschuhe

Wollwaren

Regen-Schirme

empfehlen

Geschw.

Deuschle.

Vertretung.

Unbekannte, sehr lei-
stungsstark, süddeutsche
Fabrik verleiht Vertretung

für **Waffeln,
Schokolade
und Reks.**

Branchenkundige, einge-
führte Bewerber melden sich
jährlich bei der General-
vertretung

**R. Breitling,
Ehlingen a. N., Digastr. 65.**

Wertbeständige

Kapitalanlage.

Suche 3000 Goldmark
als Bausparlehen auf-
zunehmen, evtl. auch in
kleineren Posten.
Angebote nimmt unter
L. W. 301 die Geschäfts-
stelle ds. Bl. entgegen.

6 Wtr. Stockholz
und einige Meter
Kundholz
tauscht gegen Haber, Heu,
oder Stroh.
Großhaus Leinach.

Althengstett.
Verkaufe eine jüngere
Kug- und Schaffhaß

samt Kalb.
Karl Angerhofer.

Statt Karten!

**Liesel Niethammer
Gustav Meixner**
Verlobte

Calw Stuttgart
Heilbronn
Weihnachten 1923.

**Auguste Heugle
Max Scheerer**
Verlobte

Calw Tübingen
Pforzheim
Weihnachten 1923.

Oberkollbach.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und
Bekannte zu unserer am Donnerstag, den 27. De-
zember 1923 stattfindenden

Hochzeitsfeier

in unser elterliches Haus, Gasthaus zum „Adler“
in Oberkollbach freundlichst einzuladen.

**Georg Hackius,
Marie Volz.**

Kirchgang 12 Uhr in Altburg.

**Bekleidung
*
Ausstattung**

Paul Röchle, Calw.

Singer

Nähmaschinen

Ersatzteile · Nadeln · Del · Garn
Reparaturen

Singer Co Pforzheim

Nähmaschinen Abt. Carl-Friedr.-Str. 58
Herabgesetzte Preise. Teilzahlungen.

Vertreter: Eugen Lebzelter, Calw;
Conrad Lebzelter, Liebenzell.

Schuhwaren

aller Art, zu billigsten Preisen, empfiehlt

J. Knörzer, Marktplatz 67.

Kein Laden.

Klavier- und Harmoniumstimmer

kommt nach Calw und Umgegend. Aufträge
für denselben wolle man auf der Geschäftsstelle des Blattes
oder bei uns selbst niederlegen.

Willy Sattler, Pforzheim,
Gellertstraße 18. Fernsprecher 1210 und 7821